

PRESSEMITTEILUNG

des Pro Lausitzer Braunkohle e.V.



Lausitz, 8. Oktober 2018

In Hambach spielt sich ein Desaster für Deutschland ab

Pressemitteilung des Pro Lausitzer Braunkohle e.V. zu den Entscheidungen und Protesten um den Hambacher Forst.

Glaukt man aktuellen Medienberichten, protestierte in Hambach am vergangenen Wochenende die „Mitte der Gesellschaft“ für ein grünes Symbol gegen die deutsche Kohle. Nach Polizeiangaben waren ca. 30.000 Menschen angereist. Erstmals wurde bei den Protesten öffentlich klargestellt, dass es in Hambach gar nicht um die Sache der Tagebauerweiterung und den Restwald geht, sondern um reine Symbolik gegen fossile Energie. Im Überschwang des vermeintlichen Erfolgs machte Michael Müller, Bundesvorsitzender des Umweltverbandes Naturfreunde Deutschlands, stellvertretend für die veranstaltenden Umweltverbände klar, wie weit der Plan reicht: „Wir wollen nicht nur den Kohleausstieg, sondern auch raus aus Öl und Gas.“

In Hambach wird die Axt an den Industriestandort Deutschland angelegt. Das Diktat der Ökologie durch überzogene ideologische Propaganda setzt sich in Deutschland immer mehr durch. Wer den DAX beobachtet, der sieht, wie es mit unserem Land insgesamt, und nicht nur beim RWE-Börsenwert, bergab geht. In Deutschland setzt sich, von einer meist oberflächlichen Berichterstattung und Meinungsbildung getrieben, die Meinung durch, auf industrielle Energieerzeugung verzichten zu können. Das gefährdet nicht nur Wertschöpfung und Arbeitsplätze in der Kohle, sondern auch hunderttausende Arbeitsplätze und das Herz unseres Wohlstands in energieintensiven Industrien, in der Chemie, der Metallurgie, der Automobilbranche. Verstärkt sich dieser ideologische Strudel weiter, werden die ohnehin höchsten Strompreise in Europa in unserem Land weiter steigen. Eine neue Energie-Armut der sozial weniger gut gestellten Bevölkerung und die weiter fortschreitende Deindustrialisierung sind logische Konsequenzen. Die davon betroffenen Menschen, Industriearbeiter und sozial Schwache, hat man bei den Protesten um den Hambacher Forst vergeblich gesucht – sie werden von den medial befeuerten Fehlentwicklungen zunehmend an den Rand der Gesellschaft gedrängt.

750 Mrd. Euro wurden bislang in die fehlgesteuerte deutsche Energiewende im Rahmen des EEG versenkt, ohne nennenswerte Effekte fürs Klima. Jährlich kommen über 30 Mrd. Euro hinzu. Der Energiebedarf nimmt infolge der von uns allen gewollten Digitalisierung und der wachsenden e-Mobilität weiter zu. Das Konzept der Energiewende datiert dabei noch immer auf Rahmenbedingungen vor dem Ausstieg aus Kernkraft und Kohle. Die Energiewende wird nicht von Fakten getrieben, sondern immer mehr von Klimapopulisten.

So verwundert es kaum, dass auch bei den aktuellen Protesten sogenannte Aktivisten in den Tagebau eindringen und eine Stilllegung von Anlagen erforderlich machten, dass zum Bau neuer Baumhäuser aufgerufen wurde, wobei diese gerade mit Millionenaufwand für den Steuerzahler geräumt wurden. Wer sich in Deutschland Klima-Aktivist nennt, der darf augenscheinlich alles. Der Staat scheint ohnmächtig gegen eine Bewegung, mit der wenige Klimapopulisten im Bunde mit einseitiger Berichterstattung immer mehr Menschen mobilisieren, die tatsächlich glauben, das Klima zu retten.

„Wir schauen inzwischen mit einem Gefühl der Ohnmacht nach Hambach. Wir merken, dass es Klimapopulisten gelingt, ihre Form einer Energiewende immer mehr zur Glaubensfrage zu machen. Eine Diskussion mit Vernunft und Fakten wird in unserem Land immer schwieriger. Wer anderer Meinung ist, wird in den Medien meist ausgegrenzt, muss sich beschimpfen lassen und erhält Gewaltdrohungen. Im Rheinland herrscht unter bekennenden Bergarbeitern Angst vor Übergriffen durch sogenannte Klima-Aktivisten. Brandanschläge auf Unternehmen, die im Hambacher Forst Anlagen für die Räumarbeiten zur Verfügung stellten, sind nur eine Facette dieser gewalttätigen Polarisierung. Die Industrie reagiert, unser Land wird weiter verlieren. In Hambach spielt sich ein Desaster für Deutschland ab“, so Wolfgang Rupieper, Vorstandsvorsitzender des Pro Lausitzer Braunkohle e.V.

Für Nachfragen steht Ihnen Wolfgang Rupieper gern zur Verfügung.

Ihr Ansprechpartner:

Jens Taschenberger, Tel.: 0177/3073079, presse@prolausitzerbraunkohle.de